



# „Die Demokratie führt zum Sozialismus.“

Die offenen und die versteckten Verteidiger der parlamentarischen Demokratie von den rechten Scheidemännern bis zu den linken Hilferdingern stellen sich den Fortschritt zum Sozialismus ungehindert so vor, daß die Arbeiter und Kleinbürger unter dem Einfluß von Presse, Kirche, Schlagworten usw. der Herrnklassen anfangs noch immer „falsch“ wählen, daß sie aber von Wahl zu Wahl immer reifer und aufklärter werden, den an ihnen begangenen Betrug durchschauen, bis eines schönen Tages die Sozialisten im Parlament die Mehrheit haben. Die Hilferdinge versprechen sich eine Beschleunigung dieses Fortschrittes „marxistisch“ von der wirtschaftlichen Entwicklung, die das Proletariat und damit die aufklärungsfähigen Schichten in dem Maße vergrößert, in dem sich der Kapitalismus entkalket, die Rechtssozialisten von einer Beteiligung an der Regierungsmacht, die ihnen „reale Machtpositionen“ sichern soll. Ist dann endlich die sozialistische Mehrheit da, dann wollen die Rechtssozialisten in brüderlichem Einvernehmen mit den „vernünftigen“ Kapitalisten so viel und so rasch „sozialisieren“, als es eben die Verhältnisse erlauben, während die Hilferdinge wahrscheinlich im Parlament nur eine reinsozialistische Regierung wählen lassen, die im Besitze aller Machtmittel dann eine so zahme „Diktatur“ des Proletariats aufrichtet, daß die Bürgerklasse nicht zum Widerstand gereizt und der böse Bürgerkrieg also vermieden wird.

Das alles sind recht schöne Phantasien. Wie es aber in Wirklichkeit zugeht, das zeigt in greller Beleuchtung das Ergebnis der Preußenwahl. Noch ist es nicht völlig klar erkennbar, aber so viel ist schon deutlich zu sehen. Die Unabhängigen haben eine geradezu vernichtende Niederlage erlitten. Die Rechtssozialisten haben durch den Rückstrom der noch zu ihnen Gehörenden aus dem unabhängigen Lager ihren Niedergang nur wenig aufhalten und ihre letzten so katastrophalen Verluste nur in sehr geringem Maße wettmachen können. Von den proletarischen Parteien sind nur die Kommunisten gewaltig im Aufstieg begriffen. Die sogenannten sozialistischen Stimmen haben gewaltig abgenommen, die bürgerlichen Parteien haben trotz geringerer allgemeiner Wahlbeteiligung erheblich gewonnen, und vor allem ihr radikal-reaktionärer, auf eine gewalttätige Wiedereinführung der Monarchie hindringender Flügel ist außerordentlich erstarkt. So sieht der parlamentarische Weg zum Sozialismus aus. Die „sozialistischen“ Stimmen nehmen ab, die bürgerlichen nehmen zu, der nationalistische Teil des Bürgertums gewinnt die Oberhand. Wie lange müßte das Proletariat auf den erlösenden Sozialismus warten, wenn ihn das Parlament ihm bringen sollte.

Die Menschewisten sind natürlich mit einer Erklärung rasch bei der Hand. Die Moskauer Spaltungstatistik ist einfach an allem schuld und hat das Proletariat so topfisch gemacht, daß es der Wahlurne fernbleibt. Wie lächerlich, so die sonnenklare Tatsache verdunkeln zu wollen, daß es die Demokratie ist, die es dem Bürgertum ermöglicht, alle seine überragenden Hilfsmittel der Beeinflussung auszunutzen, die grenzenlose Enttäuschung, die das demokratische System mit sich bringen muß, in hohem Maße gegen den Sozialismus mobil zu machen, und daß es der wiederholte Verrat der reformistischen Führer ist, welcher bewirkt, daß sich so viele Proletarier angezogen von dem ganzen Treiben abwenden und teilnahmslos abziehen sehen. Wie wäre es sonst möglich, daß in Österreich, wo das Proletariat in der Hauptsache noch nicht gespalten ist, genau derselbe Rückgang der „sozialistischen“ Stimmen, genau derselbe Fortschritt der Reaktion im Parlament zu verzeichnen ist. Was die Menschewisten so naiv als Vert von Moskau bejahen, ist nichts anderes, als was sich in der ganzen Welt vollzieht, die Zertrümmerung der vermittelnden Parteien der Klassenveröhnung auf Kosten der Parteien des offenen Klassenkampfes, die Verschärfung des Klassenkampfes bis zur Unvermeidlichkeit des gewalttätigen Zusammenstoßes.

Und das ist das Trödelige an dem Ergebnis der Preußenwahlen, über welches nur diejenigen wehklagen können, welche noch immer vom Parlament alles Heil erwarten, noch immer den entscheidenden Kampf, der unvermeidlich kommt, irgendwo verhüten zu können glauben. Die notwendige Klärung scheidet alle Schwächlinge aus, aber sie läßt mit eherner Notwendigkeit das Heer der entschlossenen Kämpfer unauflöslich anwachsen. Nicht alle bringt die Enttäuschung über die herrlichen Früchte der Demokratie zu wider, unzulänglicher Resignation, Hunderttausende bringt sie angetrieben der wachsenden wirtschaftlichen Not und Zerrüttung zur Erkenntnis, daß nur die revolutionäre Erhebung der Massen Befreiung bringen kann und wird. Das Ergebnis dieser Deutscherwahl wird nicht wenig dazu beitragen. Wie jämmerlich haben sich doch alle wieder betrogen, die irgend etwas für die Sache des Proletariats durch ihre Stimmen „entwässern“ zu können glauben. Wie klar ist diese Wahl, daß auf diesem Kampfboden die Kapitalistenklasse der weitaus besten Führer ist. Werden sich nun die „Böble“ damit beruhigen, daß sie dank der Schwermütigkeit eben überfahren wurden, die Jahre bis zur nächsten Wahl geduldig warten müssen, da die „Böble“ eben entschlossen hat? Dajaz, daß sie es nicht tun werden, sorgt der kapitalistische Zusammenbruch. Die „Demokratie“ führt zum Sozialismus, aber auf andere Weise als die Reformisten glauben. Zudem sind die Demokratie immer mehr abstrakt, immer mehr als Hilfsmittel des Abbaus der Revolution, der politischen Erhebung der Massen entbehrt, immer mehr auch die Sozialdemokraten zur Schwächung nötigt, was sie vorübergehende Zuspitzung der Bewegung und Schlagartigsten im Proletariat zu wehren, die besten, klaren und ruhig-offenen Proletarier werden dadurch doch immer mehr dem Kampf zugeführt, der allein Befreiung bringen wird.

# Die Beseitigung des Achtstundentages und der DGB.

Das Unternehmertum rückt auf der ganzen Linie zum Kampf gegen den Achtstundentag. Die Regierung, nach bürgerlichen Begriffen dazu da, um die Beachtung der bestehenden Gesetze zu überwachen, ist in der Beseitigung des Achtstundentages vorgegangen. Schon müssen in einzelnen Gebieten die Streckenwörter zwölf Stunden arbeiten, und zwar für den gleichen Lohn, den sie bisher für achttündige Tätigkeit erhielten. Der Erlaß des Reichsverkehrsministeriums vom 21. Januar, in dem Bericht eingefordert wird, welche Wirkung auf die Arbeiter und Beamten die Einführung des Neunstundentages haben würde, zeigt, daß die Eisenbahnverwaltung sich hier als Stoßtruppe für die Privatindustrie betätigt. Bei den Eisenbahnern wird der Anfang gemacht werden, und schließlich soll für die gesamte Arbeiterschaft der Achtstundentag beseitigt werden.

Wenn irgendwo so gilt hier für die Eisenbahner das Wort: Widersteht den Anfängen! Lassen sich die Eisenbahner die ersten Attentate auf den Achtstundentag schweigend gefallen, dann ist der weiteren Durchbrechung des Achtstundentages Tür und Tor geöffnet.

In erster Linie sind die Organisationen der Eisenbahner berufen, für die Erhaltung des Achtstundentages zu kämpfen. Man sollte glauben, daß der DGB die Initiative ergreifen und die anderen Organisationen zum gemeinsamen Kampf aufrufen würde. Aber der Vorstand des DGB denkt nicht daran. Er hat wichtigeres zu tun. Sein Thron wackelt bedenklich. Er hat alle Hände voll zu tun, um das Stürzen seines Thrones zu verhindern und er wird vom Kampf gegen die kommunistischen Mitglieder des DGB, so in Anspruch genommen, daß er keine Zeit mehr zur Wahrung der Interessen seiner Mitglieder findet.

Ein Vertrauensmann des DGB in Greifenberg i. U. hat dem Bezirksleiter Dreißel in Stettin davon Mitteilung gemacht, daß die tägliche Arbeitszeit für die Streckenwörter von 8 auf 12 Stunden bei gleichbleibender Vergütung verlängert werden soll. Der Vertrauensmann verlangte, daß die Organisation gegen diesen Plan mit den äußersten Mitteln ankämpfen solle, andernfalls werde es sich nicht verhindern lassen, daß die Mitglieder emigrieren der Organisation den Rücken kehren. In der Mitteilung heißt es, daß es mit der Lohnbewegung genau so sei. Wenn der Zentralvorstand das Resultat als Erfolg betrachte, so sind wir gezwungen, diese Herren als Arbeitervertreter zu betrachten, denn es kann doch kein Kollege dies als Gewerkschaftsamt betrachten, wenn selbst der Vorstand den Kollegen einen Schlag nach dem andern verzieht. Was brauchen wir solche Gewerkschaftsführer, wenn am grünen Tisch mit der Arbeiterkassette Schach gespielt wird. Also, weiter Kollege, kämpft um die Erhaltung des Achtstundentages mit allen Mitteln, wenn Ihr nicht wollt, daß eine Abwanderung aus der Organisation stattfindet, denn die Mehrzahl der Kollegen ist doch im Streckendienst beschäftigt.

Auf diese Mitteilung ging dem Vertrauensmann eine Antwort zu, der wir die für eine bessere Dienstverpflichtung interessanten Stellen entnehmen:

## Ein großangelegter Angriffsplan gegen Sowjet-Rußland.

Protestnote Tschitscherins an Tafe Jonescu.

Tschitscherin, der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, hat folgende Note an Tafe Jonescu gerichtet:

Gewisse Geschehnisse in der Ukraine zeigen an, daß die Haltung der rumänischen Behörden den Sowjet-Republiken gegenüber in manchem zu wünschen übrig lassen. An der bessarabischen Grenze machen sich Bewegungen von weißrussischen Banden bemerkbar, die gegen die Sowjetregierung rebellieren; diese Banden benutzen das bessarabische Gebiet als Operationsbasis. Die rumänischen Behörden, die in Bessarabien herrschen, tun nicht nur gar nichts gegen diese Insurrektion, die auf bessarabischem Gebiet genährt wird, im Gegenteil, sie lassen ihr den größten Schutz angedeihen. So ist beispielsweise am 1. Februar eine Bande Petljura-Ritter unter Führung eines Petljura-Offiziers aus Rumänien über die bessarabische Grenze in ukrainisches Gebiet eingebrochen. Dieser und viele ähnliche Vorfälle zwingen die Militärbehörden der russischen und der ukrainischen Roten Armee zur äußersten Vorsicht und Anwendung militärischer Nachmittel. Ausjagen von Kriegsgefangenen lassen in diesen Insurrektionen nicht einfache „örtliche Aufstände“ erkennen, sondern einen großangelegten Angriffsplan gegen die Sowjet-Republiken.

Die russische Regierung protestiert gegen diese Untergründigen Handlungen der rumänischen Behörden und gewisser Elemente, die von diesen abhängig sind und erlaubt sich die Aufmerksamkeit der rumänischen Regierung auf die Gefahr zu lenken, welche diese Taten für die Sache des Friedens und den Erfolg der bevorstehenden Verhandlungen mit Rumänien bedeuten; denn die russische Regierung wünscht aufrichtig, daß die Verhandlungen so bald als möglich zu einem gütlichen Ende geführt werden.

Gen. der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten: Tschitscherin.

## Die Lüge von den Hunnen in Kronstadt.

Moskau, 16. Februar. „Köpa Wien.“ In den letzten Tagen sind hauptsächlich durch die französische Presse Gerüchte von Rattenjagden in Kronstadt, die von der angeblichen Auflösung der Roten Armee durch Trotzki ausgegangen sein sollten, in Umlauf gebracht. Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten brandmarkt diese Gerüchte als ganz unannehmliche Lügen. Untersuchungen in Kronstadt haben nicht das geringste festgestellt, was diesen Gerüchten irgendwie einen Schein von Berechtigung geben könnte. Die ganze Angelegenheit ist nichts weiter als eine Episode des schändlichen Lügenabspieles gegen Sowjetrußland.

Deutscher Eisenbahnerverband Stettin, den 21. 1. 21.

Bezirksleitung Stettin

(folgt Adresse.)

Werner Kollege!

Deine Anmeldung des Vorstandes sowie dein Schreiben vom 20. Januar habe ich erhalten. Der neue Vorstand, besonders Du, scheint sich gut bei uns einführen zu wollen. Ich möchte Dir empfehlen, mit Deinen Ansichten etwas vorsichtiger zu sein. Einen derartigen Sauberenton sind wir nicht gewöhnt, und bitte ich, das in Zukunft zu unterlassen. Wenn Ihr glaubt in einer Organisation zu sein, in der Arbeitervertreter als Führer tätig sind, dann macht schleunigst, das Ihr zu den Selben kommt. Der erweiterte Vorstand unseres Verbandes, der in Berlin getagt und der sich aus Vertretern des ganzen Reiches zusammensetzt, hat unseren Unterhändlern im Sechzöhrer-Ausschuß sein Vertrauen ausgesprochen.

Die Angelegenheit mit der Dienstzeit der Streckenwörter ist mit gestern bereits von einer anderen Dienststelle des Preussischer Betriebsamtes gemeldet worden. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß wir deswegen zum Streik greifen können. Wenn wegen jeder Kleinigkeit, die auf irgendeiner Dienststelle oder auf einem Amt passiert, gestreikt werden sollte, dann könnten wir dauernd streiken. Wir werden noch viele Erziehungsbildung zu leisten haben, bis auch die Greifensberger Kollegen soviel gewerkschaftliche Schulung haben, um sich selbst ein Urteil über alle Dinge erlauben zu können. Ich gebe aber der Hoffnung Ausdruck, daß nach einiger Zeit auch dort das Verständnis für den Ernst der Situation sich einstellen wird. (Es folgen nun noch einige Mitteilungen organisatorischer Natur)

Mit kollegialem Gruß Die Bezirksleitung. Dreißel.

Nach den jüngsten Erfahrungen erübrigt es sich, sich über den Ton dieses Schreibens aufzuhalten. Wie er sich räuspert, wie er spuckt, das hat der kleine Bürokrat Dressel dem großen Scheffel glücklich abgedudelt.

Wesentlich ist der sachliche Inhalt. „Es ist natürlich ausgeschlossen“, daß wegen der Beseitigung des Achtstundentages und der Einführung des Zwölfstundentages gestreikt wird. Man kann doch nicht wegen „jeder Kleinigkeit“ streiken. Hier haben es die Eisenbahner schwarz auf weiß, daß für den DGB die Beseitigung des Achtstundentages eine „Kleinigkeit“ ist, wegen der sich kein Kampf lohnt.

Eisenbahner! Begreift ihr jetzt das Interesse, das eine solche kampfscheue Bürokratie an dem Kampf gegen die Kommunisten hat? Diese Herren sind sich ihres Verrates an den Mitgliedern des DGB bewußt. Die Kommunisten sind ihnen als das mahnende Gewissen so un bequem und verhaßt. Wir wissen, daß die übergroße Mehrheit der Eisenbahner mit ihren kommunistischen Kollegen solidarisch ist. Aber das genügt nicht, ihr dürft nicht dulden, daß euch der Achtstundentag geraubt wird. Sofort müßt ihr aus allen Mitgliedschaften an den Vorstand die Frage richten, ob ihm der Kampf gegen die Kommunisten wichtiger ist, als der Kampf gegen die Verlängerung des Achtstundentages. Die Antwort, die euch gegeben wird, wird euch zeigen, ob unsere Anklagen gegen den DGB-Vorstand berechtigt sind.

## Große Arbeitslosenkundgebung in Australien.

Aus Sydney wird gemeldet: Die Arbeitslosen veranstalteten hier eine große Kundgebung, wobei sie in ein Ministerium einbrangen und die Räume demolierten. Der Gouverneur des Staates Neu-Südwest, Sir Walter Davidson, wurde von den Arbeitslosen mißhandelt und die eingreifende Polizeitruppe wurde mit Steinen beworfen.

## Revolution in einem indischen Staat.

Nach einer amtlichen englischen Meldung aus Allahabad ist in dem eingeborenen Staat Lont in Rajputana eine Revolution ausgebrochen. Die Bevölkerung stellte gewisse Forderungen; darauf ließ der regierende Fürst die Führer der Bewegung verhaften, and dies war der Anlaß zu dem Aufstand. Der Staat Lont wird von 300 000 Menschen bewohnt, die vorwiegend Mohamedaner sind. Der amtliche englische Bericht über diese Vorgänge ist reichlich unklar und sagt nichts darüber, aus welchem Grunde die Bewegung in Lont eingeleitet hat und was sich im einzelnen dort abspielte. Aber es ist klar, daß auch die Vorgänge in Lont in den Zusammenhang der großen Revolutionsbewegung gehören, die zurzeit Indien erfüllt.

## Wie Kriege „gemacht“ werden.

(Köln Wien) Niga, 19. Februar. Das gegenrevolutionäre Kaiser Organ „La cause commune“ schreibt über die Quellen der Gerüchte von angeblichen Offensivabsichten Sowjet-Rußlands: Als die sensationellen Nachrichten über die T-rußpläne Sowjet-Rußlands gegen Lettland auf tauchten, leiteten die lettischen Behörden eine Untersuchung ein, um die Quelle dieser Nachricht zu erbeden. Die Untersuchung brachte ein überraschendes Ergebnis. Es war der Korrespondent der Warschauer „Necypopolita“, Karaczew, der die Nachricht fabrizierte und verbreitete. Um sich zu rehabilitieren beschuldigte nun Karaczew die rechtspolitischen Kreise in Warschau, daß diese ihn veranlaßt hätten, Nachrichten über Offensivpläne Sowjet-Rußlands zu melden, um in Warschau Kriegsstimmung zu erzeugen. Die „Necypopolita“ bemerkt diese Angaben und bezeichnet Karaczew als den alleinigen Schuldigen. Daraufhin veröffentlicht Karaczew in der Nigarer Presse die Erklärung, die „Necypopolita“ müsse ihre Vorwürfe zurückziehen, widrigenfalls er gezwungen sein wird, die Namen der polnischen Delegierten, die ihn zur Verbreitung dieser falschen Nachrichten veranlaßt hätten, den lettischen Behörden anzugeben.

# Politische Uebersicht.

## Wahlergebnisse aus dem Reiche.

### Der Wahlausfall in Berlin.

Preußenwahl	Reichstagswahl	
BRPD. . . . .	113 823	13 942
USP. . . . .	200 667	456 667
SPD. . . . .	221 726	187 474
Dem. . . . .	65 958	75 329
D. Sp. . . . .	121 591	150 584
Da. . . . .	169 744	122 491
Zentr. . . . .	38 614	36 540
Wirtsch. Bg. . . . .	46 899	25 249

Demnach würde unsere Partei 2 Abgeordnete erhalten, falls nicht durch Verbandstimmungen noch ein Mandat auf unsere Liste fällt. Die USP. erhält 5, die SPD. ebenfalls, die Volkspartei 3, die Demokraten 1 und die Wirtsch. Vereinigung ebenfalls 1 Mandat.

### Hamburger Bürgerschaftswahlen.

Hamburg (Ergebnis der Bürgerschaftswahlen bis 12 Uhr nachts): SPD. 144 948, Grundeigentümer 8513, Deutsche Volkspartei 49 079, Deutschnationalen 43 084, Zentrum 41 885, USP. 41 011, Kommunisten 37 753, Demokraten 49 647, Wirtschaftsbund 13 982.

### Die Bremer Bürgerschaftswahlen.

Das Gesamtergebnis lautet: BRPD. 12239 (Reichstagswahl 7313), USP. 38 093 (49 774), SPD. 41 886 (29 181). Die Bürgerlichen zusammen 99 783. Das Ergebnis ist ein schöner Erfolg unserer Partei, wenn man bedenkt, daß in Bremen die Presse und die Organisation nach dem Halleischen Parteitag restlos der rechten USP. verblieb. Die Wahl ergibt eine kleine bürgerliche Mehrheit von etwa 2000 Stimmen, die aber bedeutend geringer ist, als sie beim Volkentscheid über die Entwaffnungsfrage war.

### Provinz Sachsen.

Halle, Stadt 33 215 Kommunisten. Erfurt, Stadt 10 893 Kommunisten. Nordhausen, Stadt 1565 Kommunisten. Bitterfeld-Deßau (Teilergebnis) 18 005 Kommunisten. Wittenberg, Stadt 2578 Kommunisten. Suhl 2380 Kommunisten. Magdeburg, Stadt (Endergebnis) 7243 Kommunisten.

### Niederrhein.

Essen, Stadt 33 124 Kommunisten. Duisburg, Stadt 8482 Kommunisten. Bochum, Stadt 7175 Kommunisten. Mülheim-Ruhr, Stadt 8300 Kommunisten. Hamborn 11 494 Kommunisten. Dortmund, Stadt 18 829 Kommunisten. Remscheid 13 559 Kommunisten. Düsseldorf, Stadt (Endergebnis) 20 292 Kommunisten. Elberfeld (Gesamtergebnis) 4622 Kommunisten. Wismar (Gesamtergebnis) 7912 Kommunisten.

### Das Endergebnis der Preußenwahl.

Berlin, 22. Februar. Die Zusammenfassung des neuen preußischen Landtages läßt sich nach den Zahlen, die um 3 Uhr nachts vorlagen, nunmehr mit ziemlicher Genauigkeit übersehen. Gezählt waren bis dahin 15 416 544 Stimmen. Davon für die

Deutschnationalen . . . . .	2 797 510	Stimmen
Deutsche Volkspartei . . . . .	2 206 026	"
Zentrum . . . . .	2 559 693	"
Demokraten . . . . .	938 800	"
Sozialdemokraten . . . . .	4 059 198	"
Unabhängigen . . . . .	1 059 570	"
Kommunisten . . . . .	1 226 673	"
Wirtschaftspartei . . . . .	177 120	"
Polen . . . . .	61 179	"
Kombinierte Liste von Deutsch-Hannoveranern (Welfen) u. Zentrum . . . . .	330 775	"

Zusammen 15 416 544 Stimmen.

Theoretisch wären danach 385 Abgeordnete gewählt. Tatsächlich wird der Landtag eine etwas geringere Zusammensetzung haben und vermutlich aus 378 Abgeordneten bestehen, von denen 308 in den Wahlkreisen direkt gewählt sind und die restlichen 70 auf die Verbandslisten in das neue Parlament gelangen. Die Sozialdemokratie wird mit 101 Abgeordneten wieder die stärkste Partei sein. Zentrum und Welfen bringen zusammen 72 Abgeordnete auf. Die Deutschnationalen haben 69 Mandate. Die Deutsche Volkspartei hat es auf 55 Sitze gebracht. Es folgen die Kommunisten mit 30 Mandaten, die Unabhängigen mit 28 und bei weitem Abstand von allen bürgerlichen Parteien folgt als schwächste Fraktion die der Demokraten mit 23 Abgeordneten. Die Wirtschaftspartei hat es trotz ihrer mehr als 177 000 Stimmen nur auf 2 Abgeordnete gebracht, weil der größte Anteil der Stimmen in den einzelnen Wahlkreisen zerstückelt abgegeben wurde und die Zahl der auf Listen erworbenen Mandate die Gesamtzahl der durch direkte Wahl eroberten Plätze nicht übersteigen darf. Aus dem gleichen Grunde werden die Polen trotz ihrer 61 179 Stimmen keinen Vertreter in dem neuen Parlament haben.

### Der neue Landtag.

Berlin, 22. Februar. Der neu gewählte preußische Landtag wird am Donnerstag, den 10. März, zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Tagesordnung: Konstituierung des Hauses und Präsidentenwahl. Nach der preußischen Verfassung hat der Landtagspräsident den Ministerpräsidenten zu bestimmen, dem die Bildung einer Regierungskommission obliegt.

### Einheitsfront des Proletariats.

Wir haben in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ über die Schwabungen des schlesischen Proletariats zu den Forderungen des Offenen Briefes berichten können. Die Nachrichten aus dem Reiche mehren sich immer mehr.

Aus Düsseldorf wird uns gemeldet: In einer am 8. Februar stattgefundenen öffentlichen Versammlung, die zum größten Teil von sozialistischen Genossen und Genossinnen der BRPD. besucht war, wurde der Offene Brief mit großer Mehrheit als Kampfbasis anerkannt.

In Ralschin in Mecklenburg hat eine Bauarbeiter-Versammlung zur „Sozialisierung im Baugewerbe“ und zum Offenen Brief der BRPD. Stellung genommen. Die Versammlung lehnte die sogenannte Sozialisierung des Baugewerbes ab und erklärte sich für die Forderungen des Offenen Briefes der BRPD. Sie findet darin den Weg zur Einigung des Proletariats im Kampf gegen das Kapital. Die Versammelten erheben schärfsten Protest gegen den Ausschluß der Kommunisten aus dem Bauarbeiterverband.

Die Betriebsversammlung des Potsdamer Bahnhofes in Berlin nahm einstimmig einen Antrag an, wonach „die Ortsverwaltung beauftragt wird, beim Hauptvorstand dahin zu wirken, den Ausschluß der Kollegen Biltz, Ulrich, Kühne, Behr und Schobinski rückgängig zu machen, da derselbe aus politischen Gründen erfolgt ist.“

Ferner verlangte die Versammlung von der Ortsverwaltung ihren ganzen Einfluß beim Hauptvorstand geltend zu machen, damit dieser alle Schritte unternimmt, welche zur Herstellung der Einheitsfront des Proletariats zwecks rücksichtsloser Bekämpfung des Kapitalismus auf der Grundlage des Offenen Briefes der BRPD. nötig sind.“

Die Metallarbeiter in Suhl haben in ihrer Generalversammlung sich gegen die Beschlüsse des Beirats gewandt und einstimmig sich auf den Boden des Offenen Briefes der BRPD. gestellt und von ihrer neugewählten Ortsverwaltung verlangt, danach und im Sinne der Richtlinien der Stuttgarter Forderungen zu handeln. Letzterer Beschluß wurde mit 450 gegen 3 Stimmen gefaßt. In die Ortsverwaltung wurden nur Genossen gewählt, die sich zum Offenen Brief bekennen. Es scheidet darum einer der drei Geschäftsführer aus; er wurde nicht wieder gewählt.

### SPD.- und USPD.-Harmonie in Sachsen.

Der „Vorwärts“ meldet aus Dresden:

Vor einigen Tagen hat in Dresden eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden sozialdemokratischen Fraktionen (SPD. und USPD.) stattgefunden, in der über die sächsische Welt beraten wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde von den Ministern Lipinski und Jäckel der Wunsch ausgesprochen, daß angesichts der Arbeitsgemeinschaft in Regierung und Landtag auch in der Presse beider Parteien größere Zurückhaltung in den gegenseitigen Angriffen geübt werden müsse.“

Vor den preußischen Wählern haben diese Parteien zum Zwecke des Stimmensanges unter den Proletariern eine große Kampagne aufgeführt, während sie zu gleicher Zeit in Sachsen in schönster Harmonie sich im Kampf gegen die Kommunisten zusammenfinden. Ausdrücklich wird noch von den beiden unabhängigen Ministern die Einstellung der Preßfehde vorgeschlagen. Die Entwicklung der Unabhängigen ins Lager der Konterrevolution macht rapide Fortschritte.

### Schiedspruch im Mansfelder Streik.

Die Arbeiter der Mansfelder Kupferhüttenbauenden Gewerkschaft waren in einen Abwehrstreik gegen die als „Werkpolizei“ eingeschmuggelten Dageschleute eingetreten. Der Streik konnte nach nur drei Tagen für beendet erklärt werden, da die Direktion nachgab, indem sie die eingerichtete Werkpolizei wieder zurückzog. Die Arbeiter forderten nun die Bezahlung der Streiktage. Nun hat das angerufene Schiedsgericht gefaßt und gesprochen. Es wird zwar zugegeben, daß die Verständigung auch vorher hätte gesucht und gefunden werden können, aber zum Streik habe trotzdem kein Grund vorgelegen. Es besteht für die Gewerkschaft also auch keine Verpflichtung, die Streiktage zu bezahlen.

Als sogenannte Arbeitervertreter haben diesen Schiedspruch mit gefaßt: Rosemann-Bochum (Bergarbeiterverband), Kaulfers-Magdeburg (Metallarbeiterverband) und Brauns-Halle a. S. (Bauarbeiterverband). Das Schiedsgericht war vom Arbeitsministerium eingesetzt und nach dem Oberpräsidium in Magdeburg berufen worden. Daß die Mansfelder Arbeiter sich dem Spruch eines so parteiisch zusammengesetzten Schiedsgerichtes fügen wird, ist nicht anzunehmen.

### Wiederaufbau schaffen Lohndruckmöglichkeiten.

Aus München-Gladbach wird berichtet: In den Webereien und Spinnereien arbeiten die Belegschaften nur drei Tage in der Woche. Dabei entläßt die Stadt auf Antrag des Stadtverordneten Erone, von der Deutschen Volkspartei, Rotstandsarbeiter, um der Textilindustrie billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Der kapitalistische Wiederaufbau will natürlich die gegenwärtige Krise benutzen, um einen Druck auf die Löhne auszuüben.

### Der sozialdemokratische „König“ von Westfalen.

Die bürgerliche Presse brachte die Meldung, daß der sozialdemokratische Regierungspräsident König in Arnberg die Äußerung getan habe: „Wenn die Dinge in Preußen erlaubt wird, so gründen wir eine revolutionäre Arbeiterarmee.“ Diese Meldung wird nun von dem offiziellen preußischen Pressebüro dementiert. Das ist eine Verbeugung gegen die herrschende bürgerliche Gesellschaft. Man will jeden Schein, als ob man nicht die Gesetze des Bürgerrechts ebenso wie ein Bürger selbst besorge, von sich abstreifen. Für das Proletariat ist es ein neuer Beweis, daß, selbst wenn „Proletarier“ auf demokratisch-parlamentarischem Wege Regierungspräsidenten werden, es keinen Schutz gegen Hunger und Gegenrevolution selbst durch die Tat sicherstellen mag.

# Ausland.

## Die Bewegung in England für direkte Aktion.

London, 17. Februar. Die Haltung der Regierung in der Frage der Arbeitslosigkeit bewirkt eine zunehmende Radikalisierung der Arbeitermassen. In Bristol wurde auf einer Versammlung der Schuhmachergenossenschaft eine Resolution angenommen, welche die direkte Aktion fordert. Die Labour Party in Wellingborough beschloß für den Fall, daß die Regierung die Vorschläge der Labour Party zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht annimmt, die parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen und die Abdankung der Regierung zu erwirken.

## Weißgardistische Drohungen gegen die englische Arbeiterschaft.

London, 17. Februar. Ein Mitglied der irischen Kommission der Labour Party erhielt einen anonymen Brief von den Black-and-Tans (Offiziersterroristen in Irland), in dem unter anderem der folgende Satz vorkommt: Bei dem nächsten Kohlenstreik werden wir in England sein und Euch nicht vergessen.

## Streik im Mährisch-Osttrauer Revier.

Prag, 17. Februar. Laut „Rude Pravo“ hat die Belegschaft des Schachtes „Hermenežita“ in Mähr.-Osttrau gestreikt. Ebenso ist die Belegschaft des Schachtes „Jan Maria“ in dem Streik getreten. Die Ursache sind Lohnabzüge, die die Bergarbeiter nicht anerkennen wollen.

## Die Rüstungen der Reaktionäre im fernen Osten.

Moskau (via Riga), 16. Februar. „Koska Wien.“ Die Reste der weißgardistischen Banden in der Mongolei und Mandschurei und dem Primorje-Gebiet rüsten sich zu einer neuen Aktion. Baron Ungern hat sich der Hilfe Japans versichert.

## Die italienische Landarbeitergewerkschaft für die rote Gewerkschaftsinternationale.

Mailand, 17. Februar. Der Nationalrat der italienischen Landarbeitergewerkschaft teilt über den Standpunkt der Gewerkschaft in der Frage der Internationale mit, daß die Delegierten der Landarbeiter auf dem nächsten Gewerkschaftskongress in Livorno „über die Moskauer Initiative zur Gründung einer neuen Gewerkschaftsinternationale unterstützen werden“.

## Eine bezeichnende Episode aus dem italienischen Klassenkampf.

Aus Mailand wird gemeldet: In der Ortschaft Salara bei Rovigo drangen die Weißgardisten in der Nacht in die Wohnung eines Arbeiters namens Fioravanti ein, der ihnen verhaftet war und ermordeten ihn.

# Gewerkschaftliches.

## Erfolg der Buchdrucker in Kassel.

Der „Vorwärts“ meldet:

Der Streik der Buchdruckergehilfen ist beendet. Die Arbeit ist Freitag nachmittag zu den Tarifbedingungen wieder aufgenommen worden. Die Arbeitgeber machten das Zugeständnis, daß ein lokaler Zuschlag von 17,50 Mk. am 1. März in Kraft tritt.“

Die Kasseler Buchdrucker haben also — durch einen kurzen örtlichen Kampf — vom 1. März ab, zusammen mit der eben bewilligten tariflichen Zulage von 12 Mk., eine Verbesserung von 29,50 Mk. wöchentlich erzielt.

Was in Kassel möglich war, ist in Breslau nicht möglich gewesen. Hier sind die Buchdrucker durch dauernd menschewistische Bearbeitung ganz des Glaubens an ihre Kampfkraft beraubt worden. In viel günstigeren Verhältnissen als in der kleineren Provinzstadt Kassel, in der Zeit der Abstimmung für Oberschlesien und zu den Preußenwahlen, am Zentralpunkt des politischen Lebens in Schlesien, dem Erscheinungsort der schlesischen politischen Presse in einer Situation, in der die Bourgeoisie auf diese nicht verzichteten kann, wurde nicht gewagt, was in einer kleineren Provinzstadt jetzt erfolgreich getan wurde.

Bann werden die Breslauer rechtssozialistischen Buchdrucker einmal ihren Kasseler Parteigenossen folgen? Denn die Kasseler Bewegung wurde von Rechtssozialisten geführt.

## An alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes!

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die Mehrheit des Vorstandes des DMB. in Nr. 7 der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 12. Februar 1921 einen Aufruf, in dem er gegen die von uns zum 28. Februar 1921 nach Berlin, „Andreas-Jesfälle“, Andreasstraße 21, einberufene Reichskonferenz der kommunistischen und der mit ihnen sympathisierenden Metallarbeiter in entstellter und verkenntlicher Weise Stellung nimmt.

Wenn wir uns zur Einberufung einer solchen Reichskonferenz entschlossen haben, so deshalb, weil durch die Beschlüsse des ADB. und durch die Beschlüsse des erweiterten Beirats des DMB. der Einheits des DMB. sowie der freien Gewerkschaftsbewegung Gefahr droht. Wir wollen uns heute nicht mit den bewußten Entstellungen des Aufrufes auseinandersetzen und fordern, entsprechend unserer Aufrufe, trotz der gegenteiligen Aufforderung der Mehrheit des Vorstandes des DMB. die Verbandskollegen im Reiche auf, die Reichs-

